

Pressedienst Nr. 16425
Donnerstag, 01. Dezember 2022

EU-Kommission legt Vorschlag für die Zertifizierung von CO2-Entnahmen vor	1
"Stockholmer Erklärung": Europäische Landnutzer fordern Umdenken beim Green Deal	2
Neumann-Hartberger: Ehrenamt verdient wieder mehr Wertschätzung	4
Großbritannien: Vogelgrippe rafft Hälfte der Truthähne in Freilandhaltung hin	5
Kampagne "Boden-Schätze" läuft auf Infoscreens in heimischen Bahnhöfen	5
Versorgungssicherheitstour: Totschnig zu Gast im Burgenland	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



EU-Kommission legt Vorschlag für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen vor

COPA-COGECA kritisiert Entwurf als unzureichend

Brüssel, 1. Dezember 2022 (aiz.info). - Die EU-Kommission hat gestern, Mittwoch, einen Vorschlag für ein erstes EU-weites freiwilliges Zertifizierungssystem für die Entnahme von CO₂ präsentiert. Dieser sieht einen regulatorischen Rahmen vor, der Anreize für den CO₂-Abbau sowohl durch Technologien als auch durch natürliche Kohlenstoffsinken schaffen soll. Ziel sei es, mit innovativen Techniken sowie nachhaltigen Lösungen in der Landwirtschaft einen Beitrag zu den Klima-, Umwelt- und Null-Schadstoff-Zielen der EU zu leisten.

Carbon farming soll etwa durch Anreize, entweder über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), den Innovationsfonds oder staatliche Beihilferegulungen der Mitgliedstaaten sowie andere öffentliche und private Initiativen wie Lebensmittelunternehmen, die Landwirte für höhere Leistungen belohnen, vorangetrieben werden.

"Der Vorschlag wird neue Einkommensmöglichkeiten für Industrien schaffen, die Technologien zur CO₂-Entnahme einsetzen oder langlebige CO₂-Speicherprodukte entwickeln, und für Bäuerinnen und Bauern, die sich an innovativen carbon farming-Praktiken beteiligen", erklärte die EU-Kommission. Allerdings werde es nicht möglich sein, die zertifizierte CO₂-Entnahme für die Einhaltung des EU-Emissionshandelssystems (ETS) zu nutzen.

In der Land- und Forstwirtschaft könnte carbon farming nachhaltig die Speicherung von Kohlenstoff in Böden und Wäldern verbessern oder die Freisetzung von Kohlenstoff aus Böden verringern, was zu einem "neuen Geschäftsmodell für Land- und Forstwirte" führe, so die Brüsseler Behörde.

Zu den carbon farming-Praktiken zählt die EU-Kommission etwa umfassende Aufforstungen und Wiederaufforstungen, Agroforstwirtschaft und andere Formen der gemischten Landwirtschaft, die Gehölzvegetation (Bäume oder Sträucher) mit Pflanzen- und/oder Tierproduktionssystemen auf einer Fläche kombinieren, den Anbau von Zwischen- und Deckfrüchten, mehr Landschaftselemente, den Schutz von Böden durch die Verringerung von Erosion und der Verbesserung des organischen Kohlenstoffgehalts auf degradiertem Ackerland sowie die gezielte Umwandlung von Ackerland in Brachland oder von stillgelegten Flächen in Dauergrünland.

COPA-COGECA: Nicht alle möglichen landwirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt

"Carbon farming ist seit vielen Jahren ein Diskussionsthema in der Landwirtschaft. Es ist nicht eine Wunderwaffe oder eine Standardlösung, die überall einheitlich angewendet werden kann, aber es ist eine pragmatische Option, um konkrete Ergebnisse vor Ort zu erzielen", erklärte COPA-COGECA, der Dachverband der EU-Landwirte und -Genossenschaften.

Jedoch geht COPA-COGECA die Definition von carbon farming in dem Vorschlag nicht weit genug, da darin nur ein Bruchteil der möglichen landwirtschaftlichen Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen berücksichtigt werde. "Praktiken, wie die Zugabe von Futtermittelzusatzstoffen, die Entwicklung emissionsarmer Gebäude oder der Einsatz von Präzisionslandwirtschaft, die einen nachweisbaren Einfluss auf die Begrenzung der Emissionen haben, sind nicht angeführt. Es ist nur schwer

nachvollziehbar, warum diese Praktiken, die für die Landwirte echte Kosten verursachen, für die Zertifizierung nicht anrechenbar sind", monierte die Interessenvertretung, die zudem einen hohen administrativen Aufwand durch das vorgesehene Zertifizierungssystem erwartet.

Zugleich lasse der vorgelegte Text die meisten methodischen Fragen unbeantwortet, da sie erst in delegierten Rechtsakten behandelt werden. "Umgekehrt geht der Text in seinen Anhängen mit Vorschlägen zur Veröffentlichung sensibler Daten, wie beispielsweise Kontaktdaten von Betreibern sowie von Standortdetails zu weit. Wenn diese Informationen gesammelt werden sollen, muss ein Minimum an Privatsphäre bleiben", stellte COPA-COGECA klar. (Schluss) hub

"Stockholmer Erklärung": Europäische Landnutzer fordern Umdenken beim Green Deal

Land&Forst Betriebe Österreich stellt sich hinter Forderungen

Stockholm/Wien, 1. Dezember 2022 (aiz.info). - Im Rahmen der Generalversammlung der European Landowners' Organization (ELO) haben am 30. November in Stockholm die Vertreter europäischer Landeigentümer und Bewirtschafter aus verschiedenen EU-Ländern die gemeinsame "Stockholmer Erklärung" zu den aktuellen EU-Vorhaben zur Naturwiederherstellung (Nature Restoration Law) sowie zur Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes (Sustainable Use Regulation) verabschiedet und unterzeichnet. In der Erklärung fordern sie ein Umdenken beim EU Green Deal, um den Herausforderungen des Klimawandels besser zu begegnen und ein besseres Gleichgewicht zwischen nachhaltiger Produktion und dem Schutz der biologischen Vielfalt herzustellen, wobei unbeabsichtigte negative Folgen gut durchdacht sein sollten.

"Die heimischen Landbewirtschafter spüren als unmittelbar Betroffene die Auswirkungen des Klimawandels als eine der ersten in Europa. Eine nachhaltige Wirtschaftsweise wird dadurch deutlich erschwert und die sichere Produktion von Lebensmitteln und erneuerbaren Rohstoffen gerät unter Druck. Durch die tägliche Arbeit in und mit der Natur ist die Erreichung der Klimaneutralitätsziele und des Schutzes der Ökosysteme für uns von großer Bedeutung. Die vorliegenden Verordnungs-Entwürfe zum Pflanzenschutzmitteleinsatz und der Wiederherstellung der Natur beinhalten aber die falschen Ansätze, um diese Ziele erreichen zu können. Vielmehr konterkarieren sie durch zentralistische 'One-size-fits-all'-Ansätze die notwendige Flexibilität, um an die jeweilige Region und an die Standorte angepasste Maßnahmen umsetzen zu können. Auch werden die durch den Klimawandel ausgelösten Veränderungen nicht berücksichtigt und starre, nach hinten gerichtete Lösungsansätze statt dynamischer Klimawandelanpassungsmodelle forciert. Wir fordern daher alle Europäischen Entscheidungsträger und Institutionen dringend auf, die vorliegenden Entwürfe praxismäßig zu überarbeiten. Gleichzeitig muss das Prinzip der Subsidiarität gewahrt werden, um eine nachhaltige Bewirtschaftung auch in Zukunft gewährleisten zu können", so **Felix Montecuccoli**, der als Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich die Erklärung unterzeichnet hat.

Die europäischen Landnutzer identifizieren in ihrer "Stockholmer Erklärung" folgende sieben Kritikpunkte an der Verordnung über die Wiederherstellung der Natur und an der Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln:

1. Die Verordnungen bieten keine angemessenen Lösungen für die unumkehrbaren Veränderungen durch den Klimawandel. Der Klimawandel verändert unsere Ökosysteme und stellt die Art und Weise, wie wir unsere natürlichen Ressourcen verwalten, in Frage. Wenn wir nur die Situation von vor Jahrzehnten wiederherstellen, zumindest die der letzten 70 Jahre, wie im Kommissionsvorschlag erwähnt, werden wir aktiv zum Verlust der biologischen Vielfalt beitragen. Resiliente Ökosysteme setzen voraus, dass wir uns an die neue Normalität anpassen: an die häufigeren extremen Wetterereignisse, die Unsicherheiten und Schwierigkeiten mit sich bringen und die wir noch nicht vollständig erfassen können. Wenn es uns mit gesunden Ökosystemen ernst ist, müssen wir über den Schutz und die Wiederherstellung hinausgehen und uns auf Anpassung und Widerstandsfähigkeit konzentrieren.

2. Sie gefährden die ländlichen Unternehmen und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit.

Landeigentümer und -bewirtschafter sind wichtige Arbeitgeber in ländlichen Gebieten. In Europa gibt es 9,2 Millionen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, und eine halbe Million Menschen sind in der Forstwirtschaft und im Holzeinschlag beschäftigt (2018). Ebenso hängen viele regionale Versorgungsketten von unserer Fähigkeit ab, unser Land für eine nachhaltige Produktion zu bewirtschaften. Die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur und die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln bedrohen durch ihre Einschränkungen unsere Unternehmen und damit Millionen von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten.

3. Sie lassen ungelöste Finanzierungsfragen offen.

Der Vorschlag zur Renaturierung lässt vor allem die Frage der Finanzierung offen. Ohne angemessene Ausgleichszahlungen und Anreize werden sich die Maßnahmen unmittelbar negativ auf die Landbewirtschafter auswirken, da die tatsächlichen Kosten den potenziellen Nutzen übersteigen. Um langfristig einen fairen finanziellen Ausgleich zu gewährleisten, sind freiwillige, vertragsbasierte Systeme sowie eine angemessene Bewertung der Ökosystemleistungen erforderlich.

4. Die Verordnungen vernachlässigen die vielfältigen Landschaften Europas.

In Anbetracht der Heterogenität der europäischen Landschaften brauchen wir mehr Bottom-up-Ansätze anstelle einer europäischen "Einheitslösung". Beide Dossiers geben vor, einen Masterplan für die Natur in Europa zu erstellen, wo es keinen gibt. Es ist wichtig, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beachtet werden.

5. Sie gefährden die Lebensmittel- und Energiesicherheit.

Unserer Ansicht nach ist es ein grundlegender Fehler, die europäische Produktion von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen einfach einzuschränken. Wir müssen hingegen die Lebensmittelverschwendung und die Emissionsintensität der produzierten Lebensmittel reduzieren und uns auch mit Fragen der Ernährung auseinandersetzen. Produktionsbeschränkungen allein gefährden die europäische Versorgungssicherheit in einer Zeit schwerwiegender Marktstörungen und unberechenbarer globaler Lieferketten. Sie schwächen auch unsere Fähigkeit, einen Beitrag zur Erschwinglichkeit von Lebensmitteln und Energie zu leisten. Während die Verfügbarkeit von Lebensmitteln in der EU derzeit nicht auf dem Spiel steht, wird die Erschwinglichkeit von Lebensmitteln für einkommensschwache Haushalte zunehmend zum Problem. Darüber hinaus wird

die landwirtschaftliche Produktion in der EU durch die strategische Abhängigkeit der EU von einer Reihe wichtiger Produktionsfaktoren beeinträchtigt.

6. Negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Verlagerung des ökologischen Fußabdrucks der EU können die Folge sein.

Während einige Tier- und Pflanzenarten Schutzgebiete benötigen, um sich zu entfalten, gibt es viele Arten, deren bevorzugte Lebensräume vom Menschen geschaffene und bewirtschaftete Lebensräume sind, wie beispielsweise nachhaltig bewirtschaftete Wälder. Die Einschränkung der Produktion führt, wenn sie nicht mit einer effizienteren Nutzung einhergeht, unweigerlich zu Produktionsverlagerungen in Teile der Welt, in denen nicht dieselben Umweltstandards gelten. Es kommt so zu einer Verlagerung von Kohlenstoff und zu einem Export von Umweltproblemen. Darüber hinaus führen Einschränkungen bei der Produktion von erneuerbaren Rohstoffen zu einer Substitution durch energieintensivere Materialien mit einem größeren ökologischen Fußabdruck. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass es noch kein Europäisches CO₂-Grenzausgleichssystem gibt.

7. Beide Vorhaben untergraben das Vertrauen der Praktiker.

Ein Top-Down-Ansatz wird voraussichtlich die Kooperationsbereitschaft der Landeigentümer negativ beeinflussen. Landeigentümer und Bewirtschafter von landwirtschaftlichen Flächen und Wäldern in ganz Europa haben ihre Unterstützung für die Umsetzung des Natura-2000-Netzes unter der Voraussetzung bekundet, dass soziale und wirtschaftliche Aktivitäten mit ökologischen Zielen kombiniert werden können. In den letzten 30 Jahren wurde bzw. wird die soziale und wirtschaftliche Komponente dieser Vereinbarung systematisch ausgehöhlt. Die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur wird dieses negative Gefühl noch verstärken und wahrscheinlich die in der EU-Naturschutzpolitik festgelegten Ziele zunichtemachen. (Schluss)

Neumann-Hartberger: Ehrenamt verdient wieder mehr Wertschätzung

Bäuerinnen zum Internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember

Etwa 30 bis 50% der österreichischen Bevölkerung ist aktuell (Juni 2022) ehrenamtlich tätig, je nach Dringlichkeit oder in Krisenzeiten wie dem Ausbruch des Ukraine-Krieges setzen sich auch mehr Menschen für das Gemeinwohl ein. Bei den Bäuerinnen zählt das Ehrenamt zu den überlieferten Traditionen des Gemeinschaftswesens in den ländlichen Regionen, wo das soziale Engagement laut einer Umfrage der FH Campus Wien deutlich ausgeprägter ist als in urbanen Räumen. So wenden 66% der heimischen Bäuerinnen im Schnitt zirka zwei Stunden pro Woche für ihre Mitmenschen auf. Ein Einsatz, der oft nicht die nötige Wertschätzung findet, zeigt die Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes am 5. Dezember auf.

Ein Ehrenamt ist sehr zeitintensiv und korreliert oftmals mit anderen Aufgaben. "Wir müssen über die Zukunft, über eine zeitgemäße Definition des Ehrenamtes nachdenken und können uns nicht darauf verlassen, dass dieser Einsatz unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger für alle Zeit so hoch bleibt", verweist Bundesbäuerin und Abg. zum NR,

Irene Neumann-Hartberger, auf Veränderungen der Gesellschaft. Tatsache ist auch, dass viele Organisationen während der vergangenen Jahre der Corona-Pandemie freiwillige Helfer verloren haben und mit der Herausforderung kämpfen, ihre Aufgaben dennoch zu erfüllen.

"Freiwilligenarbeit lebt vom Gefühl des Zusammenhalts, das uns offenbar seit dem Corona-Ausbruch mit seinen zahlreichen Lockdowns und sozialen Einschränkungen verloren gegangen ist. Dieses Gefühl gilt es wieder zu steigern und bei den Ehrenamtlichen zu forcieren", plädiert die Bundesbäuerin. "Gleichzeitig geht es um die Anerkennung der Kompetenzen von Freiwilligen und die Wertschätzung ihres Einsatzes durch die Öffentlichkeit ebenso wie durch Arbeitgeber, wie auch eine Studie für das Österreichische Parlament belegt".

"Als Gesellschaft müssen wir uns überlegen, ob wir das Ehrenamt in seiner bisherigen Form noch wollen? Fakt ist aber, ohne die Bereitwilligkeit von Menschen, ihre Zeit und Energie unentgeltlich für ihre Mitmenschen zur Verfügung zu stellen, wären zahlreiche, zum Teil lebensnotwendige Elemente unseres gesellschaftlichen Miteinanders nicht möglich", verweist Neumann-Hartberger auf den Stellenwert etwa der Freiwilligen Feuerwehren in den ländlichen Regionen. (Schluss) APA-OTS 2022-12-01/08:58

Großbritannien: Vogelgrippe rafft Hälfte der Truthähne in Freilandhaltung hin

Dennoch kein Mangel zu Weihnachten erwartet

London, 1. Dezember 2022 (aiz.info). - Wenige Wochen vor Weihnachten ist wegen der Vogelgrippe in Großbritannien etwa die Hälfte aller Truthähne in Freilandhaltung gestorben, meldete der Branchenverband "British Poultry Council" laut APA. Rund 600.000 der pro Saison im Freien gezüchteten 1,2 Mio. Truthähne seien betroffen.

Im Zusammenhang mit der Vogelgrippe mussten bereits hunderttausende Vögel gekeult werden. Der aktuelle Ausbruch gilt als schwerster in der Geschichte des Vereinigten Königreichs. Geflügelbauern gehen trotzdem nicht davon aus, dass Truthähne über die Festtage zur Mangelware werden, da nur ein kleinerer Teil der Tiere aus Freilandhaltung stammt. Insgesamt werden pro Saison rund 9 Mio. Truthähne gezüchtet. Aufgrund der Vogelgrippe ermöglichen Sonderregeln den Bauern, die Truthähne früher als üblich zu schlachten und einzufrieren. (Schluss)

Kampagne "Boden-Schätze" läuft auf Infoscreens in heimischen Bahnhöfen

Bedeutung für Versorgung mit Lebensmitteln und Klimaschutz wird betont

Auf Infoscreens in Bahnhöfen wird ab heute österreichweit eine Woche lang über die Bedeutung des Bodens als Lebensraum, Kohlenstoffspeicher und fruchtbare Grundlage für die Lebensmittelproduktion informiert. Etwas später wird die Aktion auch auf den Screens der Wiener U-Bahnen geschaltet. Zusätzlich werden Freecards mit entsprechenden Informationen verteilt. Die Kampagne "Boden-Schätze" wird von forum. ernährung heute (f.eh) im Rahmen des Bildungsclusters

Dialog mit der Gesellschaft sowie gemeinsam mit dem Ökosozialen Forum, den Bäuerinnen Österreich, dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft durchgeführt.

Der Klimawandel und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln sind aktuell drängende Herausforderungen. Zu deren Lösung leiste der Boden als eine der wertvollsten Ressourcen des Menschen einen wichtigen Beitrag. "Er speichert Kohlenstoff und trägt so wesentlich zum Klimaschutz bei. Neben dem Wald bindet vor allem Grünland über die Wurzeln und damit langfristig CO₂. Der Boden ist aber auch Grundlage für eine ausreichende Produktion hochwertiger Lebensmittel, filtert und speichert Wasser und beherbergt eine Vielzahl von 'Boden-Schätzen', die ihn unterstützen und gesunderhalten", erklärt **Marlies Gruber**, Geschäftsführerin des f.eh..

Nur ein Kubikmeter Erde enthalte mehrere Billionen von Lebewesen wie Tiere und Mikroorganismen - darunter Milben, Larven, Asseln, Spinnen, Würmer, Pilze und Bakterien - sowie Pflanzen. "Bis diese 'Boden-Schätze' gemeinsam jedoch 1 cm fruchtbare Erde, also Humus, bilden, dauert es rund 100 bis 200 Jahre. Umso wichtiger ist daher ein nachhaltiger Umgang", so Gruber.

Eine weitere Botschaft der Kampagne ist: Jede und jeder kann zum Bodenschutz beitragen, wie auch Gruber betont: "Zuhause können Parkplätze, Terrassen und Wege wasserdurchlässig angelegt werden und mit einer Fruchtfolge im Garten beugt man einer Bodenermüdung vor." Sollte es trotzdem zu einer Nährstoffverarmung kommen, biete sich organischer Dünger wie eigener Kompost oder Mist an. Zudem sollten die Böden schonend bearbeitet werden. Dann könnten die Pflanzenwurzeln tiefer in den Boden gelangen, wodurch dieser lockerer werde, und die Pflanzen toleranter gegenüber Hitze und Trockenheit seien.

Die Videos können auf dem Youtube-Kanal des f.eh aufgerufen werden. (Schluss)

Versorgungssicherheitstour: Totschnig zu Gast im Burgenland

Berlakovich kritisch gegenüber GAP ab 2023

Eisenstadt, 1. Dezember 2022 (aiz.info). - Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** setzte seine Versorgungssicherheitstour kürzlich im Burgenland fort. Totschnig tauschte sich mit 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus und skizzierte davor mit Landwirtschaftskammer Burgenland-Präsident **Nikolaus Berlakovich** und LH-Stellvertreterin **Astrid Eisenkopf** die Situation von Burgenlands Landwirtschaft in Zeiten multipler Krisen.

Berlakovich betonte: "Als Burgenländische Landwirtschaftskammer unterstützen wir die Kommunikation rund um die Gemeinsame Agrarpolitik - GAP. Seit Beginn des Jahres gibt es dazu zahlreiche Online-Events aber auch persönliche Infoveranstaltungen in den Bezirken, bei denen wir über die Neuerungen berichten. Leider gibt es im aktuellen GAP-Strategieplan Punkte, denen unsere Landwirte und wir als Landwirtschaftskammer kritisch gegenüberstehen. Viele davon sind nicht praxistauglich."

"Unser Ziel war es immer, dass die Gemeinsame Agrarpolitik unseren Bäuerinnen und Bauern Perspektiven bietet. Die GAP muss auch in Zukunft eine produzierende Landwirtschaft ermöglichen, um weiterhin die Versorgungssicherheit im eigenen Land gewährleisten zu können. Die

Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, die Eigenversorgung zu sichern. Daher wurde hier bereits in einigen Punkten nachgebessert. Das gilt auch für den Green Deal. Dieser ist zu einer Zeit entstanden, in der die Herausforderungen noch andere waren wie heute. Daher ist eine Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten, sowie eine Folgeabschätzung im Sinne der Versorgungssicherheit enorm wichtig", erklärte Berlakovich.

Bio-Landwirtschaft wird forciert

Eisenkopf strich die Neuerungen im Bio-Sektor des Bundeslandes hervor: "Mit dem Projekt 'Biowende' und durch die Vorreiterrolle des Burgenlands konnten die Bioflächen in unserem Bundesland in den letzten Jahren auf 37,8% erhöht werden. Mit der Gründung der privaten Bio-Vermarktungsgenossenschaft 'Bioland Burgenland' wurde ein weiterer wichtiger Schritt gesetzt, damit die Wertschöpfung auch in der Region bleiben kann. Dank der 'Bioland Burgenland' eGen rücken die Produzenten, die weiterverarbeitenden Betriebe sowie die Groß- und Endverbraucher näher zusammen. Mit bereits 17 Genossenschaftsmitglieder gründete sich eine Plattform, die sich immer weiterentwickelt." (Schluss)